

Medienmitteilung vom 12. März 2012

Vernehmlassung Steuergesetzrevision 2014

Angesichts der angespannten finanzpolitischen Lage des Kantons Bern begrüssen die Grünen den Verzicht auf steuerpolitische Entlastungsmassnahmen im Rahmen der Steuergesetzrevision 2014. Um zusätzliche Abstriche beim öffentlichen Leistungsangebot (Schule, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr) zu verhindern, beantragen die Grünen eine Erhöhung der Steuertarife bei der Vermögensbesteuerung – insbesondere bei den grössten Vermögen – zu prüfen.

Während im internationalen Umfeld eine virulente Diskussion über die angemessene Besteuerung sehr vermögender oder einkommensreicher Personen läuft, ist diese Debatte in der Schweiz bedauerlicherweise nicht richtig angekommen. Wie im Ausland wurde auch in der Schweiz und im Kanton Bern die Besteuerung des Vermögens in den letzten Jahren immer mehr reduziert. Im Interesse des sozialen Zusammenhalts und einer nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Leistungen drängen sich hier gezielte Korrekturen auf. Dies gilt umso mehr, als die Jahresrechnung 2011 des Kantons Bern verdeutlicht hat, wie angespannt die finanzpolitische Lage ist. Vor diesem Hintergrund beantragen die Grünen Kanton Bern im Rahmen der Steuergesetzrevision 2014 eine Erhöhung der Steuertarife bei der Vermögensbesteuerung – insbesondere bei den grössten Vermögen – zu prüfen.

Bei der Besteuerung nach dem Aufwand steht für die Grünen aus Gründen der Fairness und der Steuergerechtigkeit nicht die Anpassung, sondern die gänzliche Abschaffung im Fokus. Die Pauschalbesteuerung privilegiert wohlhabende Ausländerinnen und Ausländer und ist richtigerweise in der ganzen Schweiz unter Druck geraten. Dank der Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ hat es das Berner Stimmvolk in der Hand, diese ungerechte und unsoziale Besteuerungspraxis abzuschaffen.

Im Übrigen unterstützen die Grünen die meisten vom Regierungsrat vorgeschlagenen Änderungen des Steuergesetzes. Details können der Vernehmlassungsantwort entnommen werden.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern: 079 263 47 68